



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/254 - 3.11.1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 376 54-59  
Fernschreiber 039 890

Propagandapläne der Bundesregierung	S. 1
Großbritannien blickt auf Wycombe	S. 3
Zur Krise bei Blank	S. 5
Die Außenpolitik der zufälligen Mehrheit	S. 7

## Das Bundespresseamt fragt - die Regierung antwortet I

J.F.W. Je kürzer die Frist wird, die uns noch von den Neuwahlen zum Bundestag trennt, umso geschäftiger werden die CDU und ihr Kanzler in dem Bemühen, durch allerlei Manipulationen ein für sie positives Wahlergebnis im voraus festzulegen. In Dr. Adenauers Umgebung scheint man sich darüber klar zu sein, daß die CDU im nächsten Jahr von der freien und unbeeinflussten Entscheidung der Wähler wenig erhoffen kann. Der erste Schritt der Regierung zur Vorbereitung eines günstigen Wahlergebnisses war noch harmlos. Es war die Festlegung des Wahltermins für Mitte Juni 1953, weil dieser Zeitpunkt nach Ansicht der Dr. Adenauer beratenden Meinungsforscher und sogar nach Feststellung der Meteorologen die besten Aussichten für die jetzige Regierung bietet.

Solche Vorsorge scheint dem Kanzler und CDU-Vorsitzenden nicht ausreichend, er bereitet daher Maßnahmen vor, die ihm handfestere Garantien für die Wahl bieten sollen. Die Frage, ob diese Pläne mit dem Grundgesetz vereinbar sind, kümmert ihn dabei weniger. Da ist einmal der Entwurf eines neuen Wahlgesetzes, dessen komplizierte Arithmetik der Listenverbindungen die Opposition benachteiligen soll. Der durch die Verfassung geschützte Grundsatz der gleichen und direkten Wahl wird hier beiseite geschoben. Der Bundestag wird sich mit diesem Plan zu beschäftigen.

haben und dafür sorgen müssen, daß nicht zugunsten der Wunschträume einer Partei das Grundgesetz mißachtet wird.

Daneben spukt aber noch ein anderes Projekt, das der Kanzler im Stillen, ohne Einschaltung des Bundestages, durchzusetzen hofft, Zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung soll nämlich der Rundfunk planmäßig im Regierungssinne eingesetzt werden, um die Wählerstimmen zu schaffen, deren Dr. Adenauer zur Sicherung seiner gefährdeten Herrschaft bedarf. Hierzu ist eine ständige Sendung unter dem vorläufigen Arbeitstitel "Die Bundesregierung antwortet" vorgesehen, für die alle Sender ihre beste Programmzeit am Wochenende zur Verfügung stellen sollen. Unter diesem harmlos klingenden Namen will man dem Rundfunk eine Propagandasendung des Presse- und Informationsamtes ins Programm schieben. Zuschriften aus der Öffentlichkeit, die allgemein interessieren, sollen beantwortet werden. - Man weiß zur Genüge, wie solche Zuschriften zustandekommen. Das Bundespresseamt wird sich eifrig daran machen, zweckmäßige Fragen zu verfassen, die dann ein anderer Referent der gleichen Behörde in einer Form zu beantworten hat, die die Politik der Regierung verherrlicht. Vielleicht betraut man auch der größeren Einfachheit halber den gleichen Beamten mit beiden Funktionen.

Der propagandistische Nutzen einer solchen Reklamesendung für den Bundeskanzler soll nicht bestritten werden. Im Gegenteil, es kann nicht ernsthaft genug darauf hingewiesen werden, daß die Rundfunkanstalten sich einseitig zu Wahlhelfern der CDU machen, wenn sie dem Wunsch der Regierung nachkommen.

Herr Dr. Kappen vom Bundespresseamt verhandelt z. Zt. mit den Rundfunkintendanten über die Aufnahme dieser Regierungssendung. Bevor sich die Intendanten mit dem Projekt, der CDU Wahlunterstützung zu geben, näher befassen, sollten sie die Satzungen ihrer Sender nachlesen, auf die sie verpflichtet sind. Da heißt es z. B. im Anhang zum württemberg-badischen Rundfunkgesetz, daß der Sender gehalten ist, "weder mittelbar noch unmittelbar ein Werkzeug der Regierung, einer besonderen Gruppe oder einer Persönlichkeit zu sein". Bestimmungen von gleicher Eindeutigkeit finden sich in den Statuten aller Rundfunkanstalten der Bundesrepublik. Sie werden zu beachten sein, solange es der Regierung nicht gelingt, die Sender über ein Bundesrundfunkgesetz zu Befehlsexpägärn des Innenministers zu machen.

Man wird im Bundespresseamt versuchen sich damit zu entschuldigen, die geplante Sendung solle nur der staatsbürgerlichen Aufklärung und der sachlichen Unterrichtung dienen. Gut, eine objektive politische Unterrichtung kann nie etwas schaden. Nur hat die Regierung bisher nicht bewiesen, daß ihre Organe zu dieser Sachlichkeit fähig sind. Darum ein fairer Vorschlag: Seit Bestehen der Bundesrepublik haben sich zehntausende von Bürgern an den Petitionsausschuß des Bundestages gewandt. Viele dieser Briefe werfen Probleme auf, die über den Einzelfall hinaus Bedeutung haben. Hier bietet sich für den Rundfunk Material für eine staatsbürgerliche Sendereihe, die wirklich aufklärend wirken kann, ohne einseitige Propaganda zu sein. Der Ausschuß, dessen Arbeit viel zu wenig bekannt ist, wird sicherlich bereit sein, mit dem Rundfunk zusammen zu arbeiten. Der Dienste Dr. Kappens und seiner Auftraggeber bedarf es dazu freilich nicht.

Wetterfahne Wycombe - bedeutungsvolle Nachwahl am 4. November  
Von unserem Londoner B.C.-Korrespondenten

Am 4. November findet in dem ländlichen Wahlkreis Wycombe in Buckinghamshire eine Unterhaus-Nachwahl statt, deren Ergebnis in ganz Großbritannien mit Spannung erwartet wird. Dieser ruhige, kleine Bezirk 40 km westlich der Weltstadt London wird zur Wetterfahne, die anzeigt, ob tatsächlich die seit einem Jahr im Amt befindliche konservative Regierung Churchills sich durch ihre Amtsführung, durch Schatzkanzler Butlers "künstliche Teuerung", durch die lange Liste ihrer gebrochenen Wahlversprechungen soweit das Vertrauen der Wählerschaft verscherzt hat, daß der Stimmungsumschwung im Falle einer allgemeinen Neuwahl Labour ans Ruder zurückbringen würde. Die öffentliche Meinung neigt dieser Ansicht zu, die Labouranhänger im ganzen Lande sind sich dessen voll Zuversicht gewiß, und selbst die Tories streiten es ohne viel innere Überzeugung lediglich gewohnheitsmäßig ab.

Wycombe hat den Ruf, "immer wie Britannien" zu wählen. Im Jahre 1945 wurde es, wie das ganze Land, zum ersten Mal von Labour erobert. Im Februar 1950 war die sozialistische Majorität auf ein paar hundert abgesunken, und im Oktober 1951, als Labour im ganzen Lande knapp geschlagen wurde, gewann der kürzlich verstorbene Torykandidat William Astor mit 27.084 Stimmen gegen 25.331 seines Labour-Gegners John Haire, also mit nur 1.753 Mehrheit. Wycombe ist so ein typischer "Marginalsitz" der Art, wie sie im politisch geteilten Großbritannien heute jede Wahl entscheidet.

Der Wahlkreis Wycombe hat etwas über 60000 eingetragene Wahlberechtigte. Davon wohnen die Hälfte in der mittleren Stadt High Wycombe der Rest in einigen kleinen Land- und Ackerstädtchen und etwa 50 Dörfern. High Wycombe hat ziemlich bedeutende leichte Industrie. Kompressoren, Staubsauger, Elektromotoren, Kathodenröhren und ähnliche hochwertige Fabrikate werden hergestellt. Diese Art Manufaktur gibt es dort erst seit dem Kriege. Dagegen ist die wichtige Möbelfabrikation alteingesessen, außerdem gibt es im Bezirk noch einige große Papiermühlen und eine Feindruckereianstalt, die im Privatvertrag für die Postverwaltungen Großbritanniens und vieler fremder Länder Briefmarken

herstellt. Die Arbeiterschaft dieser Betriebe steht, wie meist im südlichen England, auf einer relativ hohen Bildungsstufe und ist daher für konservative Einflüsterungen einigermaßen unzugänglich - sie bildet die feste, verlässliche Masse der Labourwähler.

Andere Elemente in der Bevölkerung sind die alteingesessene Bauernbevölkerung im ganzen Bezirk, der handelnde Mittelstand in der Stadt, und eine zahlreiche begüterte "Schlafsaaleinwohnerschaft", d.h. Leute, die in der Gegend ihre Villen und Gärten haben, aber jeden Morgen nach London ins Geschäft fahren. Die letzteren sind fast ausschließlich die "treublauen" Tories, zu denen aber auch ein beträchtlicher Teil der Bauern und Einzelhändler gerechnet werden muß. Aber doch nur ein Teil, denn nicht wenige dieser beiden Gruppen bilden die mysteriöse "schwimmende Wählerschaft", das Zünglein an der Waage, dessen Verhalten an der Urne niemand voraussagen kann, das aber in einem "Marginalsitz" den Ausgang entscheidet.

Bauern und Einzelhandel ist es unter Labour gut gegangen, als im Zeichen der Vollbeschäftigung und bei garantiertem Absatz und garantierten Preisen sie (außer dem Steuerzettel) keine Sorgen hatten. Ob sie sich dessen bewußt waren, ob sie vor allem heute, nach einem Jahre der Torywirtschaft, sich dessen bewußt sind - das ist die große Frage. Schatzkanzler Butlers "künstliche Teuerung hat zwar bisher Labours Werk noch nicht gänzlich abgeschafft, aber doch stark verwässert und vor allem durch die Verdoppelung des Bankzinssatzes den Bauern, wie auch allen anderen mittleren und kleinen Unternehmern, das Leben schwerer gemacht. Wieweit aber diese Erkenntnis bereits in diese Mittelschichten vorgeedrungen ist und die entsprechende politische Reaktion zu erzeugen vermag, das wird die Nachwahl zeigen, und darum werden sich aus ihrem Ergebnis ziemlich sichere Rückschlüsse auf ganz Großbritannien ziehen lassen.

Gelingt es Labour, den Sitz mit einer bedeutsamen Mehrheit zurückzuerobern, so wird sich damit in den heißen Parlamentsdebatten dieses Winters das sozialistische Argument ungeheuer verstärken, daß die Tories, von einer Minderheit des Volkes gewählt, kein Mandat haben, die von der vorigen Labourregierung durchgeführten Verstaatlichungen rückgängig zu machen. Da Churchill dann nur noch eine Mehrheit von 16 im Unterhaus hätte, könnten einige weitere verlorene Nachwahlen die konservative Regierung völlig lahmlegen und so unter für Churchill ungünstigen Bedingungen zu Auflösung und Neuwahl zwingen.

Vorstoß der militärischen Restauration

## Die Vorgänge in der Kanzler-Dienststelle Blank

-tt. Noch ist gar nicht abzusehen, zu welchem Ende die Versuche des Bundeskanzlers führen werden, das deutsche Volk wieder "wehrhaft" zu machen, und schon zeigt sich die ganze innere Brüchigkeit der überhasteten Improvisation, die der Öffentlichkeit unter dem nichtssagenden Titel "Dienststelle Blank" bekanntgeworden ist.

Geschehen ist folgendes: Der Leiter des Pressereferates der Dienststelle Blank, der schwerstkriegsverletzte Major a.D. von dem Bussche, und einer seiner Mitarbeiter, Dr. Kraske, haben aus Protest gegen restaurative Tendenzen innerhalb der Dienststelle die ihnen notwendig erscheinenden Konsequenzen gezogen. Entscheidend für diesen Schritt war ein "Geheimbefehl" des "Chefs der militärischen Planungsabteilung", des Obersten i.G.a.D. von Bonin, der dem Leiter der militärischen Abteilung der Dienststelle, General a.D. von Heusinger, untersteht. Dieser Befehl, der detaillierte Vorschriften für die Einziehung und Ausbildung künftiger Instruktionsoffiziere künftiger Lehrstäbe enthielt, entsprach in seinem Geiste weitgehend den Vorstellungen der aus dem Hunderttausendmann-Heer entstandenen ehemaligen Wehrmacht und widersprach damit allen Reformideen, die bei der Aufstellung und Schulung neuer deutscher Kontingente eingeführt und verwirklicht werden sollten. Aber der Befehl, von dem es heißt, er sei inzwischen wieder im Schreibtisch des Generalstabschefs von Bonin verschwunden, war nur ein vorläufiger Schlüsselpunkt unter eine Entwicklung, über deren Gefährlichkeit sich nicht nur die Herren von dem Bussche und Kraske, sondern auch zahlreiche weitere Persönlichkeiten an der Dienststelle Blank klar sind und die sie ablehnen.

Man sollte sich zunächst daran erinnern, daß diese "Dienststelle des Bundeskanzleramtes", wie sie auf ihrem Türschild firmiert und mit deren Leitung Dr. Adenauer den CDU-Abgeordneten und Reserveoberleutnant a.D. Theodor Blank beauftragt hat, ursprünglich nur der Bewältigung der "mit der Vermehrung der alliierten Truppen" zusammenhängenden deutschen Aufgaben dienen sollte. Ohne daß irgendwann einmal ein konkreter Beschluß oder Auftrag des Bonner Parlaments vorlag, wurde die Blanksche Dienststelle, deren eigentliche Aufgabe inzwischen einer personell und räumlich nebensächlichen Unterabteilung übertragen worden war, allmählich zu einer Art privatem Generalstab des Kanzlers. Das Parlament,

dessen Mehrheit die erheblichen Betriebsmittel der Dienststelle aus Haushaltsgeldern bewilligte, hatte nahezu keine Kontrollmöglichkeiten. Den unter der Leitung des Reserveoberleutnants Blank zusammengesetzten Generalen und Stabsoffizieren wurden anfänglich Planungsaufgaben mehr theoretischer Natur für die mögliche Aufstellung künftiger deutscher Militäreinheiten, dann aber ganz offiziell Delegiertenpflichten bei der Vorbereitung der "Europäischen Verteidigungsgemeinschaft" übertragen. Ob und wie diese Herren den Auftrag des Kanzlers erfüllt haben, steht hier nicht zur Debatte.

Zur Bestimmung des sozialdemokratischen Standpunktes ist es aber angebracht, vor der deutschen Öffentlichkeit zu betonen, daß der verstorbene Oppositionsführer Dr. Schumacher die militärische Arbeit der Dienststelle Blank ganz konkret auf rein theoretische Untersuchungen beschränkt wissen wollte und daß die SPD die loyale Beachtung dieser Grenzen erwarten konnte. Das aber ist nicht geschehen. Die Dienststelle Blank ist vielmehr - bei einer außerordentlichen Ausweitung ihres Personalbestandes - inzwischen weit über die ihr ursprünglich gesteckte Begrenzung ihrer Aufgaben hinausgegangen. Blank hat der vom Kanzler selbst mitgeteilten Aufstellung von 70000 Freiwilligen die Ankündigung einer, wie er meinte, sehr bald bevorstehenden Errichtung eines Verteidigungsministeriums folgen lassen. Die Ereignisse in dieser Dienststelle zeigen, daß die Bedenken und Warnungen der SPD in jeder Beziehung berechtigt waren und sind.

Die Krise in der Dienststelle Blank kommt nicht unerwartet. Die Übereile, mit der man, um den Wünschen des Kanzlers zu entsprechen, die Vorbereitungen für eine baldige Aufstellung deutscher Kontingente vorantrieb und bei der man sich immer mehr auf die Mitarbeit von in dieser Hinsicht erfahrenen, älteren Offizieren stützen mußte, ließ die Reformideen, mit denen man dem deutschen Volke die Remilitarisierung schmackhaft machen wollte, ständig weiter in den Hintergrund rücken. Die kraft ihres zahlenmäßigen Übergewichts tonangebenden restaurativen Kreise der Dienststelle machten zwar dem "Zeitgeist" Konzessionen, wie sie ja auch in der Boninschen "Geheimorder" zum Ausdruck gekommen sind, in der von der "Notwendigkeit" einer demokratischen "Ausrichtung" des neuen Offizierskorps die Rede ist, aber schon unter dem Adenauerschen Druck ergibt sich die offene Gefahr, daß man diese Forderungen im Grunde nur als eine Äußerlichkeit ansieht. Es erscheint uns hohe Zeit, daß der Bundestag in dieser Frage initiativ wird, damit dem deutschen Volke eine "Nacht-und-Nebel"-Rückkehr des unseligen Kommisses erspart bleibt.

Die Außenpolitik der zufälligen Mehrheit

F.E. In Stuttgart hat sich kürzlich der CDU-Abgeordnete Dr. Gerstenmaier mit aller Schärfe gegen die Äußerung des FDP-Abgeordneten Dr. Pfeleiderer gewandt, wonach die deutsche Unterschrift unter die Verträge durch das Nein der Opposition stark entwertet sei. Damit verleugne Pfeleiderer den fundamentalen Grundsatz der Demokratie, daß die Mehrheit entscheiden und die Minderheit diese Entscheidung anerkennen müsse.

Wir sind der Meinung, daß Dr. Gerstenmaier damit ganz offiziell ausgesprochen hat, wie leeres Gerede die vom Bundeskanzler immer wieder vorgebrachte Beschwörung für eine gemeinsame Außenpolitik ist. Mit gutem Grund fordert die Verfassung für bestimmte lebenswichtige Gesetze Zweidrittelmehrheiten, damit weittragende Entscheidungen von einer so starken parlamentarischen Mehrheit getragen sind, daß sie auch im Volk Unterstützung finden. Die Notwendigkeit einer so großen Mehrheit ist kein rein juristisches, sondern vor allem ein politisches Problem. Der Westen will doch kein Bündnis mit der Regierung Adenauer. Die Regierung kann wechseln. Der Westen will ein Bündnis mit dem deutschen Volk, ohne Rücksicht auf die jeweilige Regierung. Von der Ausführung eines Vertragswerkes hängt das Funktionieren ab. Lehnt eine starke Mehrheit des Volkes die Verträge ab und gehört die künftige Bundesregierung zu denen, welche die jetzigen Vertragswerke nicht akzeptieren, dann hat der Abschluß dieser Verträge für die anderen Partner tatsächlich erheblich an realem Gewicht verloren.

Bisher ist von der gemeinsamen Außenpolitik immer nur geredet, aber stets nach Dr. Gerstenmaiers Grundsatz die Minderheit überfahren worden. Zur gemeinsamen Außenpolitik gehört außer einem Höchstmaß an Information, das bisher nie gegeben wurde, vor allem auch die Mitwirkung an den Entscheidungen der Politik, bevor sie gefällt werden. Es ist nützlich, zu wissen, daß die Bundesregierung und ihre Parteien auf diese Mitwirkung der Opposition ersichtlich keinen Wert legen. Sie haben es bisher nicht einmal begriffen, welchen Wert für die deutsche Position in internationalen Verhandlungen das Benutzen der oppositionellen Argumente aus dem eigenen Parlament hat. Wer die Opposition auch der Umwelt gegenüber als nationalistisch diffamiert, statt ihre Argumente mit in die Waagschale zu werfen, schwächt die deutsche Position. Die Zeche zahlt das deutsche Volk.

---

Verantwortlich: Peter Raunau